

# Leipzig gemeinsam sozial und zukunftsfähig gestalten

Programm der Partei DIE LINKE.  
Leipzig für die Kommunalwahl am  
25. Mai 2014

**DIE LINKE.**



## **Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,**

am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Sie haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickelt. DIE LINKE versteht sich als alternative Gestaltungspartei. Mit diesem Anspruch laden wir Sie ein, das vorliegende Wahlprogramm kritisch zu prüfen und mit uns gemeinsam die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Unsere Idee einer sozialen und solidarischen Stadt im 21. Jahrhundert gründet auf einem realistischen und finanzierbaren Konzept. Auf der Basis linker Werte wie soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander und ökologische Nachhaltigkeit wenden wir uns mit der Bitte an Sie, sich bei der Wahl für uns zu entscheiden.

Ihre Stimme für DIE LINKE lohnt sich. Unsere Bilanz der letzten Wahlperiode kann sich sehen lassen: Mit zahlreichen Initiativen hat sich unsere Stadtratsfraktion in den vergangenen fünf Jahren für eine demokratische, soziale, kulturelle und nachhaltige Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Viele Vorhaben konnten im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeistern umgesetzt werden. Wir haben uns eingesetzt für die Stärkung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, die Einführung des Sozialtickets, eine realistische Bedarfsplanung der Kita-Plätze, den Erhalt und Ausbau der dringend benötigten Angebote im Bereich Jugendhilfe sowie nicht zuletzt die Entwicklung alternativer Finanzierungsmodelle für den öffentlichen Nahverkehr. Der Erhalt der Musikalischen Komödie und die Entwicklung einer Perspektive für das Naturkundemuseum wären ohne unser entschiedenes Agieren nur schwer möglich gewesen. Für einige wichtige Anliegen erhielten wir allerdings keine Mehrheit im Stadtrat, z. B. für den von uns vehement geforderten Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal, die Abwendung der Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, den Erhalt der städtischen Betriebe HL-komm und perdata, die Einführung einer Kulturförderabgabe oder die Ablehnung des Verkaufs von Wohnungsbeständen der LWB.

In den nächsten Jahren bleibt somit für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, ist noch lange kein politisches Konzept. Für den demografischen Wandel, einschließlich des erfreulichen Geburtenanstiegs, muss die notwendige

Infrastruktur geschaffen werden. Darüber hinaus gilt nach wie vor ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner Leipzigs als arm. Das bedeutet eine nicht zunehmende soziale Spaltung unserer Stadtgesellschaft, von der letztlich alle hier Lebenden betroffen sind. Hier setzt die Politik der LINKEN an. Im gleichen Atemzug setzen wir uns dafür ein, dass die Belange unserer Stadt nicht mehr – wie leider so oft in den letzten Jahren – von oben herab entschieden werden, sondern die berechtigten Einwände der Menschen spürbar mehr Gehör finden.

Dieses Wahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Die bevorstehende fünfjährige Wahlperiode wird von gewichtigen Herausforderungen markiert. Bis zum Jahr 2019 werden die Mittel aus dem Solidarpakt II wegfallen. DIE LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene für einen Solidarpakt III ein, denn Leipzig wird auch in absehbarer Zeit seine Ausgaben nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Lediglich ein Drittel des städtischen Haushaltes ist derzeit durch eigene Einnahmen aus Steuern und Abgaben gedeckt. Bundes- und Landespolitik vernachlässigen bewusst eine solide und den gewachsenen Aufgaben angemessene Ausstattung der Kommunen. Insbesondere die sächsische Staatsregierung schränkt mit ihrer knebelnden Haushaltspolitik die kommunale Selbstverwaltung eklatant ein und benachteiligt Leipzig bei der Vergabe von Fördermitteln seit Jahren in drastischer Weise. Dringender denn je ist deshalb eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Leipzig steht somit in der Wahlperiode 2014 bis 2019 vor zahlreichen Herausforderungen. Die Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts müssen auch in unserer Stadt konkret gelöst werden: Wie schonen wir Ressourcen und gewährleisten dennoch Innovation? Wie organisieren wir zukünftig Mobilität für alle? Wie vollziehen wir die Energiewende in Leipzig? Wie können wir den städtischen Haushalt so gestalten, dass zukünftige Generationen nicht über Gebühr belastet werden und wir dennoch in der Gegenwart notwendigen Handlungsspielraum erhalten? Wie stärken wir die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Gestaltung unserer Stadt? Und schließlich: Wie gelingt es, unsere Gesellschaft solidarisch zu gestalten? In vier Abschnitten dokumentieren wir unsere

Lösungsansätze für die vor uns liegende Wahlperiode: 1. Wirtschaft und Arbeit; 2. Soziale Gerechtigkeit und selbst bestimmtes Leben; 3. Die nachhaltig wachsende Stadt und 4. Die bürgerschaftliche Stadt.

Mit diesem umfassenden Ansatz unterstreicht DIE LINKE, dass sie sich der Gesamtverantwortung für Leipzig bewusst ist und sich ihr bei dieser Wahl erneut stellt.

## **1 Wirtschaft und Arbeit**

Entscheidend für die Handlungsfähigkeit einer Kommune ist ihre wirtschaftliche Stabilität. Dazu gehören Erwerbsformen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Beides erst bildet die Grundlage für wirkliche kommunale Selbstverwaltung und angemessenen Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger. Die konkrete Situation Leipzigs lässt sich jedoch seit Jahren so charakterisieren: Kein wirtschaftlicher Aufschwung aus eigener Kraft, zu geringe städtische Einnahmen, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie daraus folgend hohe Belastung des städtischen Haushaltes durch Sozialausgaben. Ein Vergleich mit den fünfzig größten deutschen Städten belegt, welch gewaltigen Nachholbedarf Leipzig hat. So liegt das Bruttoinlandsprodukt Leipzigs um fast ein Drittel unter dem Durchschnitt; die Einnahmen aus der Einkommenssteuer betragen pro Einwohner gerade einmal die Hälfte, und auch beim verfügbaren Einkommen beträgt der Abstand nach wie vor fast 20 Prozent. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Leipzigerinnen und Leipziger sank im vergangenen Jahrzehnt um fast ein Zehntel. Als Gesamtbefund muss daher festgestellt werden: Zu geringe vor Ort erzielte Wertschöpfung führt zu niedriger Kaufkraft und zu niedrigen eigenen Steuereinnahmen, weitet andererseits den Sozialhaushalt aus und verschärft die Abhängigkeit von Mittelzuweisungen durch Bund und Land.

Mittelfristig zielt DIE LINKE jedoch auf die Überwindung des Wachstumsparadigmas und einseitig ökonomischer Maßstäbe. Stattdessen plädieren wir für eine wirtschaftliche Entwicklung, die sich am Gemeinwohl orientiert und auf Qualität statt Quantität setzt.

## 1.1 Zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort

DIE LINKE hat angesichts der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt stets Selbstzufriedenheit oder Schönrederei kritisiert. Dringend notwendig ist vielmehr eine fundierte Analyse der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Dabei sollen bisherige Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken herausgearbeitet werden, um Handlungsfelder für die kommunale Wirtschaftsförderung zu definieren, die über die bestehenden Cluster hinaus wirken. Der bisherigen Ansiedlungs-, Förder- und Privatisierungspolitik stehen wir kritisch gegenüber und lehnen auch den Standortwettbewerb unter den Städten ab. Stattdessen setzen wir auf eine Wirtschaftsförderung, die sich vor allem am Gemeinwohl orientiert. Unser Ziel sind Erwerbsmöglichkeiten, die sowohl die kommunale Gemeinschaft stärken als auch ein selbstbestimmtes Leben für den Einzelnen ermöglichen und weitestgehend unabhängig sind von wirtschaftlichen Krisen.

Dabei ist unverkennbar: Leipzig ist die Lokomotive der Region. Damit das so bleibt, ist tätiges Engagement vor Ort gefragt. Wirtschaftliche Stabilität ist aus LINKER Sicht nur zukunftsfähig, wenn sie sozial-ökologisch gestaltet ist. Dazu gehört, dass neben den zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen auch verstärkt alternative Wirtschaftsformen eine Chance erhalten wie etwa Genossenschaften oder kollektiv organisierte Unternehmen, die zunehmend besonders von jungen Menschen gegründet werden. Leipzig hat das Potenzial, sich zu einer Pionierstadt für faires, nachhaltiges und nicht ausschließlich profitorientiertes Wirtschaften zu entwickeln. Wir sind auch die Partei des Mittelstandes.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen im mittelständischen Bereich, insbesondere Handwerk und Gewerbe, dessen Betriebe Arbeitsplätze vor Ort sichern und hier Steuern zahlen,
- die Gestaltung der Metropolregion zu einem effizienten Instrument für die Schaffung von Synergien über Ländergrenzen hinweg mit Schwerpunkt auf die Region Leipzig-Halle-Jena,
- die Förderung von gemeinwohlorientierten Wirtschaftsinitiativen,
- eine stärkere Pflege der ansässigen klein- und mittelständischen Wirtschaftsunternehmen durch die kommunale Wirtschaftsförderung,

- eine zielgenaue Wirtschaftspolitik auf der Basis umfassender Indikatoren anstatt der einseitigen Wachstums- und Rationalisierungslogik des Bruttoinlandsproduktes,
- die Vergabe von Kleinkrediten in Form revolvingender Fonds (Fonds, dessen Ressourcen aufgefüllt werden durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten), um vor allem Innovationen zu ermöglichen,
- eine Auftragsvergabe bei allen öffentlichen Investitionen, bei der die wirtschaftliche Stabilisierung der Region im Mittelpunkt steht,
- eine Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge, die gewährleisten, dass ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte unter Einhaltung der geltenden Tarifverträge und der Schwerbehindertenquote sowie der Entlohnung nach einem Mindestlohn von mindestens 10 Euro eingesetzt werden,
- die Bildung von Losgrößen sowie konsequente Fachlosvergabe, welche der mittelständischen regionalen Wirtschaftsstruktur entspricht (verschiedene Gewerke),
- die unverzügliche Abwicklung von öffentlichen Aufträgen durch die Verwaltung, damit kleinere Unternehmen nicht in Existenznot geraten,
- den Ausbau des Lotsenprinzips, bei dem ein Ansprechpartner in der Verwaltung für alle Anliegen eines Unternehmens zuständig ist,
- eine prioritäre Unterstützung von Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsabteilungen,
- Widerstand gegen den Verdrängungswettbewerb im innerstädtischen Einzelhandel zugunsten der großen Filialisten durch konsequente Umsetzung des Stadtteilentwicklungskonzeptes Einzelhandel und Nutzung von B-Planverfahren zur Regelung der Größe von Handelsflächen und Sortimenten,
- die wesentlich bessere Vernetzung des Leipziger Wissenschaftspotenzials mit der lokalen Unternehmertradition unter Beibehaltung der Autonomie der Wissenschaft,
- eine ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner bei der weiteren Nutzung,
- die umfassende Unterstützung der Leipziger Messe.

## 1.2 Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand

Die kommunalen Unternehmen der Stadt Leipzig, insbesondere Stadtwerke Leipzig (SWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und die Kommunalen Wasserwerke (KWL), die in der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefasst sind sowie die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) und das Städtische Klinikum St. Georg gGmbH, gewährleisten maßgeblich die öffentliche Daseinsvorsorge und bilden das Rückgrat der öffentlichen Infrastruktur. Mit ihren Produkten und Dienstleistungen schaffen sie wesentliche Grundlagen für wirtschaftliche Betätigung und für das Leben in der Stadt. DIE LINKE steht für den Erhalt und den Ausbau des kommunalen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Verkäufe, auch Teilverkäufe, der entsprechenden Einrichtungen und Betriebe lehnen wir ab. Veräußerungen von Vermögensgütern oder Beteiligungen können aus unserer Sicht nur Ausnahmen sein und dort erfolgen, wo zentrale öffentliche Aufgaben unberührt sind. Andererseits dürfen die Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht als Melkkuh des städtischen Haushalts missbraucht werden. Stattdessen sollten sie faire Preise gewährleisten, um ihren Rückhalt in der Bevölkerung nicht zu verspielen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine langfristige Versorgungssicherheit in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Wohnen und öffentlicher Personennahverkehr,
- Ressourcenschonung durch Minimierung von Rohstoff- und Energieeinsatz sowie die verstärkte Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien,
- eine sozialverträgliche Preisgestaltung ohne Profitmaximierungsabsicht und ohne den Kundinnen und Kunden zusätzliche Belastungen zur Sanierung des städtischen Haushaltes aufzubürden,
- die stärkere Mitbestimmung und demokratische Kontrolle der Unternehmensbeteiligungen (unter dem Dach der LVV),
- die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze,
- die Stärkung der städtischen Unternehmen als Innovationsträger im sozialen, technischen und wirtschaftlichen Bereich,

- die Prüfung der Möglichkeiten zur Rekommunalisierung bzw. zum Rück-erwerb teilprivatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind,
- eine wirksame Kooperation innerhalb des LVV-Konzerns unter Beachtung unterschiedlicher Aufgabenstellung und Wirtschaftskraft,
- eine Verpflichtung der Sparkasse Leipzig, keine Kreditverträge und damit Kundenbeziehungen u. a. an andere Kreditinstitute bzw. Finanzdienstleister zu verkaufen.

### **1.3 Gute Arbeit – gute Löhne**

Die Stadt Leipzig hat mit ihren tausenden Beschäftigten sowie als wichtiger Auftraggeber im regionalen Wirtschaftskreislauf einen nicht zu unterschätzenden Einfluss sowohl auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen als auch auf die Gestaltung der Löhne. Sie muss daher einen größeren Beitrag leisten, um Massenerwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen müssen die allgemein geltenden Tarifverträge strikt einhalten. Überall dort, wo die Tarifbindung nicht existiert, muss diese (wieder) hergestellt werden. Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung lehnen wir ab, Werkverträge sind auf ein sachlich begründetes Mindestmaß zurückzuführen. Durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern mit kommunalen Fördermitteln ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wieder stärker auszubauen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Anwendung von jenen Kriterien bei der Ansiedlung bzw. öffentlichen Förderung von Unternehmen, wie wir sie für die Stadt und ihre Unternehmen und Beteiligungen fordern,
- den Verzicht auf Leiharbeitsverhältnisse,
- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf der Grundlage von tariflich abgesicherten Vollzeit Arbeitsplätzen mit einem Stundenlohn von mindestens 10 Euro und einem Arbeitnehmer-Bruttogehalt von monatlich mindestens 1.500 Euro,

- die Unterstützung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, um den wechselnden Lebenssituationen Rechnung zu tragen,
- ein deutlicheres Bekenntnis der Stadt zu ihrer Verantwortung als Träger des Jobcenters, insbesondere durch mehr Transparenz, die Berufung von Stadträtinnen und Stadträten in die Trägerversammlung und eine öffentliche Rechenschaftslegung,
- die Überprüfung und Weiterentwicklung des „Leipziger Aktionsplanes Beschäftigung“ durch regelmäßige Fachkonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Kammern und Verbänden sowie Bildungs-/Weiterbildungsträgern,
- die Stärkung der Kooperation mit öffentlichen Unternehmen der Region auch über die Landesgrenzen hinaus,
- die langfristige Festlegung der Rolle und des Handlungsspielraums des Kommunalen Eigenbetriebes Engelsdorf,
- eine langfristige Perspektive der Freien Träger für Beschäftigungsförderung.

## **1.4 Qualifizierte Ausbildung**

Nach wie vor ist auf der einen Seite der Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und festen Arbeitsplatz in Leipzig relativ hoch. Auf der anderen Seite suchen immer mehr Unternehmen, vor allem Handwerker, geeignete Auszubildende.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ausbildungsverbünde kommunaler Unternehmen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen der Region,
- die Entwicklung besonderer Integrations- und Fördermöglichkeiten für junge Menschen ohne Schulabschluss,
- die adäquate Berücksichtigung von Schülerinnen und Schülern sowohl mit Abitur, Realschul- und Hauptschulabschlüssen sowie Abgängerinnen und Abgängern von Lernförderschulen bei der Ausbildung in der Stadtverwaltung, den städtischen Eigenbetrieben und den Beteiligungsunternehmen der Stadt Leipzig,
- die bessere Integration von jungen Menschen mit Behinderungen im Ausbildungsbereich,

- ein dauerhaftes und stabiles Ausbildungsangebot bei der Stadtverwaltung sowie bei städtischen Unternehmen und solchen mit städtischer Beteiligung,
- die Beschäftigungssicherung der Ausgebildeten der Stadt und der kommunalen Unternehmen.

## 1.5 Zukunft finanzieren

Um die vielfältigen Aufgaben, die vor der Stadt Leipzig stehen, zu bewältigen, ist eine veränderte Finanzpolitik notwendig. Leipzig wird aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Situation auch in Zukunft von relevanten finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben. 2020 droht ein Einnahmeverlust von rund 150 Millionen Euro pro Jahr im Vergleich zu 2013. Unverzichtbar sind deshalb ein Solidarpakt III auf Bundesebene sowie radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen an die Kommunen. Es ist nicht hinzunehmen, dass das Land seit Jahren die Fördermittel der Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr und für den Ausbau von Kindertagesstätten gekürzt an die Kommunen weiterreicht. Die Stadt Leipzig muss alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und der Haushalt der Stadt Leipzig immer mehr in die Schieflage gerät.

Infolge dieser Rahmenbedingungen schrumpft der städtische Haushalt seit Jahren. Sein Volumen betrug im Jahr 2010 real, also abzüglich der Inflationsrate, nur ca. drei Viertel von 1995. Dabei wird der Haushalt gerade einmal zu etwa einem Drittel aus eigenen Einnahmen gedeckt. Mehr als drei Viertel der jährlichen Ausgaben sind durch Weisungs- und Pflichtaufgaben von Land und Bund gebunden. Diese komplexe Haushaltssituation wirkt sich zugleich negativ auf den Abbau des enormen Investitionsstaus bei Schulen, Kindertagesstätten sowie bei der Verkehrsinfrastruktur in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und der Auftragsvergabe an die heimischen klein- und mittelständischen Unternehmen aus.

DIE LINKE im Leipziger Stadtrat hat bisher all ihre Forderungen stets mit seriösen Finanzierungsvorschlägen untersetzt. An diesem Prinzip solider

Haushaltspolitik halten wir auch künftig fest. Dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs der städtischen Finanzen können wir uns grundsätzlich nicht verschließen. Dieser darf jedoch nicht zulasten sozial Benachteiligter, der Förderung wichtiger sozialer, ökologischer und kommunalwirtschaftlicher Projekte sowie von nachhaltigen Zukunftsinvestitionen wie z. B. in Bildung, Katastrophen- und Hochwasserschutz sowie der Beschäftigten der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen gehen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, so dass Aufgaben, die vom Gesetzgeber an die Kommune übertragen werden, auch von diesem gegenfinanziert werden,
- eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft beispielsweise mit der Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes,
- die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten,
- den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig,
- einen gerechten Soziallastenausgleich zwischen den sächsischen Kommunen aus Mitteln des Freistaates Sachsen,
- die Einführung einer Kulturförderabgabe für touristische Übernachtungen.

## **2 Soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den unverwechselbaren Grundwerten. Diese Konsequenz unterscheidet sie in Leipzig von allen anderen Parteien. Dabei wissen wir, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Kommune begrenzt sind und durch die von der Bundes- und Landespolitik

betriebene massive Absenkung sozialer Standards sowie der Aushöhlung des Solidarprinzips in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt wurden.

## **2.1 Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt richten und sie so in das Ringen um eine solidarische Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht als bloßen Reparaturbereich für prekäre Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt und nicht auf Sozialleistungen angewiesen ist, darf sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann und in der alle ein gute Leben führen können.

DIE LINKE tritt vor allem für die Menschen ein, die gegenwärtig am Rand unserer Gesellschaft leben müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft werden müssen, auch wenn das auf der Ebene einer Kommune nicht möglich ist.

Viele Betroffene haben sich weitgehend aus der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens zurückgezogen, was zu einer für Leipzig besonders niedrigen Wahlbeteiligung und damit zu einer verstärkten Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählerschaft führt. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden, um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Soziallastenausgleich zwischen den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden,
- bezahlbare Energie (Strom, Gas, Heizung usw.) auch für einkommensschwache Haushalte,

- den Erhalt und die Erweiterung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes
- die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für Hartz IV-Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen,
- die Zurückdrängung der Wohnungslosigkeit und Verhinderung von Obdachlosigkeit.

## **2.2 Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

Leipzig muss seinem Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch weitaus offensiver Rechnung tragen. Erfreulich ist, dass seit Jahren wieder mehr Kinder geboren werden und junge Familien ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer Stadt jedoch neue Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und umgesetzt werden müssen. Unser Anspruch muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen eine gute Perspektive in ihrer Heimatstadt zu geben. Das ist gegenwärtig leider für viele noch nicht gegeben. Mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen sind unmittelbar von Armut betroffen, weit mehr als in den beiden anderen sächsischen Großstädten. Nach wie vor wird Inklusion zu wenig praktisch gelebt. Für DIE LINKE sind Kinder und Jugendliche sowohl Zukunft als auch Gegenwart der Stadtgesellschaft. Sie haben wie alle anderen Menschen das Recht auf gute Bedingungen zum Leben sowie zur Mit- und Selbstbestimmung.

### **2.2.1 Kindertagesstätten**

Im Vergleich zu westdeutschen Großstädten muss sich Leipzig hinsichtlich der Betreuungsquote in Kindertagesstätten nicht verstecken. Dennoch ist der Bedarf, insbesondere für Kleinkinder bis zu drei Jahren, nach wie vor höher als das verfügbare Platzangebot. In dieser Altersgruppe hat Leipzig sogar aktuell die niedrigste Betreuungsquote im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten und zu allen Landkreisen Sachsens. Das Ausweichen auf die Tagespflege – in Leipzig besonders ausgeprägt – kann bestenfalls

eine Übergangslösung sein. Noch viel weniger hinzunehmen ist das Ausweichen auf kommerzielle Betreuungsangebote.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Kinder bis zur Einschulung,
- ein transparentes und effizientes Vergabesystem der Plätze,
- den Verzicht auf jegliche Zugangskriterien,
- die Sicherung eines stabilen Netzes an wohnortnahen Kindertagesstätten in kommunaler und frei gemeinnütziger Trägerschaft, wobei neue Einrichtungen vorrangig in städtischer Trägerschaft errichtet und betrieben werden sollten,
- die Einrichtung von weiteren betrieblichen Kindertageseinrichtungen und deren Förderung,
- den schrittweisen Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen,
- die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher,
- die Förderung inklusiver Kindergärten im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention,
- die Erhöhung des Drucks auf den Freistaat Sachsen zur Bereitstellung von wesentlich mehr finanziellen Mitteln, um schrittweise ein kostenloses, gesundes Mittagessen einführen zu können,
- eine Erhöhung der Kita-Pauschale des Freistaates,
- die Einwirkung auf den Freistaat Sachsen, um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel, Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten der Erzieherinnen und Erzieher sowie die perspektivische Angleichung von Ausbildung und Einkommen an die der Lehrer gesetzlich zu verankern,
- die kostenfreie Bereitstellung von Kita- und Hort-Plätzen bei Kostenausgleich durch den Freistaat.

## 2.2.2 Schule und Bildung

Schule bleibt auch künftig der Ort, wo Kinder und Jugendliche auf ihre Zukunft vorbereitet werden und notwendige soziale, fachliche und methodische Kompetenzen erlernen. Leipzig ist die sächsische Großstadt mit dem höchsten Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss. Wir brauchen ein attraktives Bildungsangebot für alle, unabhängig von Status und Einkommenssituation der Eltern, die immer öfter über den Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden. Das belegt die erhebliche Zunahme von Privatschulen, vor allem im berufsbildenden Bereich. Diese Entwicklung zeugt davon, dass sich der Staat immer mehr seiner Verantwortung für Schule und Bildung entledigt. Dem leistet die konservative sächsische Schulgesetzgebung Vorschub. Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitige Vorbestimmung des einzuschlagenden Bildungsweges bleibt die zentrale bildungspolitische Botschaft der LINKEN.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine Stabilisierung des staatlichen Schulnetzes durch qualitativ verbesserte Bedingungen,
- ein deutliches Signal an den Freistaat Sachsen, um endlich das antiquierte dreigliedrige Schulsystem zu überwinden und ein mindestens achtjähriges gemeinsames Lernen zu ermöglichen,
- die Reduzierung der Klassenstärken durch die Einstellung von mehr und vor allem gerecht entlohnten Lehrerinnen und Lehrern,
- den Erhalt und die Unterstützung alternativer Schulmodelle, in denen das längere gemeinsame Lernen bereits verwirklicht ist (z. B. Nachbarschaftsschule),
- die Förderung und den Ausbau inklusiver Schulprojekte,
- die Umsetzung kommunaler bildungspolitischer Leitlinien,
- die beträchtliche Erweiterung des Ganztagesangebotes in allen Schulformen,
- die bedarfsgerechte Beschäftigung von Schulsozialarbeiterinnen, Schulsozialarbeitern und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen,
- die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Abbau des gewaltigen Investitionsstaus und ohne Rückgriff auf sogenannte PPP-Modelle,

- Neubau und Reaktivierung von wohnortnahen Schulen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren,
- eine Planung der Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen unter Beachtung des Unterrichtsbetriebes,
- die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit,
- die Erweiterung der außerunterrichtlichen Angebote an Schulen,
- den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken und Leseräumen zu Lernorten in allen Schulformen,
- eine noch bessere Sicherung der Schulwege,
- eine sofortige kostenfreie Beförderung von Schülerinnen und Schülern.

### **2.2.3 Familie, Kinder und Jugendliche**

Neben traditionellen prägen alternative Familienkonzepte das Zusammenleben unserer Gesellschaft, deren Institutionen vor allem traditionelle Familien bevorzugen und alternativ lebende Menschen, wie zum Beispiel Alleinerziehende, extrem benachteiligen. Für DIE LINKE ist Familie dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Die gesellschaftliche Entwicklung ist jedoch mit der Einengung kindgerechter Sozialräume durch zunehmende Belastungen der Eltern sowie durch eine enorme Vielfalt medialer Angebote verbunden. Nicht alle Familien finden Wege, sich auf diese Wandlungen einzustellen und ihren Kindern die notwendige Zuwendung und Rückhalt angedeihen zu lassen. Immer mehr, vor allem Alleinerziehende, sind von Armut betroffen. Die zunehmende soziale Differenziertheit stellt wachsende Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe, denen die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung immer weniger gerecht wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommunen, insbesondere der Jugendpauschale,
- ein ausreichendes Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei jugend- und familienrelevanten Problemstellungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen,
- die Rückkehr zur stadtteilbezogenen Struktur des Allgemeinen Sozialdienstes,

- die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Kindern,
- die jährliche Dynamisierung des städtischen Jugendhilfeeats,
- mehrjährige Leistungsverträge mit freien Trägern zur Sicherung der Kontinuität in der Kinder- und Jugendarbeit,
- neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Entscheidungen, insbesondere durch die strukturelle und personelle Unterstützung eines Kinder- und Jugendparlamentes,
- eine interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere diskriminierende Denkhaltungen,
- die Förderung alternativer Jugendkultur und selbst verwalteter Projekte,
- individuelle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, welche sich kritisch mit Geschlecht und dessen sozialer Konstruktion auseinandersetzen.

### **2.3 In Leipzig studieren und forschen**

Als Hochschulstandort hat Leipzig eine jahrhundertealte Tradition. Neben den acht akademischen Bildungseinrichtungen haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr öffentliche Forschungseinrichtungen in unserer Stadt angesiedelt. In Zukunft kommt es wesentlich darauf an, die Balance zwischen Forschungsschwerpunkten und der breiten Vielfalt an Bildungsangeboten in Lehre und Forschung zu finden. Die Stadt kann dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die weit über 50.000 Lehrenden und Studierenden zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung von ausreichend Plätzen in Kindertagesstätten, der Ausbau von Radwegen sowie die Gewährleistung von günstigen Mieten. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist hierfür notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Kindertagesstätten, Sozialberatungen und Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Wünschenswert ist, dass möglichst viele Studierende nach ihrem Abschluss in Leipzig bleiben und hier ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt finden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die stärkere Nutzung des Wissenschaftspotenzials für die Stadtentwicklung und -politik,
- die kontinuierliche Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen mit wirtschaftlichen Unternehmen bei Wahrung der Autonomie beider Seiten,
- die Unterstützung internationaler Forschungs- und Lehrkontakte sowie die Integration ausländischer Studierender und Lehrender,
- die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen und Leipziger,
- den Erhalt von preiswertem Wohnraum, auch in zentrumsnahen Stadtteilen,
- die kontinuierliche Fortschreibung des Fachkonzeptes Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Stadtentwicklungskonzeptes (SEKo) und die Ausweisung integrierter neuer Standorte.

## **2.4 Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

In nur zwei Jahrzehnten hat sich der Altersdurchschnitt der Leipziger Bevölkerung um vier auf 44 Jahre erhöht; fast ein Viertel ist inzwischen älter als 65 Jahre. Diese Entwicklung, die als demografischer Wandel umschrieben wird, setzt sich in den nächsten Jahren fort und ist mit beträchtlichen Herausforderungen für die gesamte Stadtgesellschaft verbunden. Insbesondere der sozialräumlichen Differenzierung in wachsende, junge und alternde, schrumpfende Ortsteile widerspricht dem LINKEN Ziel einer integrativen Stadtentwicklung. Wir sehen aber nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Ältere Menschen haben ein Recht auf ein aktives und selbstbestimmtes Leben. Sie wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und sich bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es allerdings besserer Rahmenbedingungen. Das beginnt bei der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes und entsprechender Verkehrslösungen und reicht bis hin zu tragfähigen Lösungen in der gesundheitlichen Betreuung und Pflege. Dabei geht es uns zugleich um Ansätze, wie der erheblich ansteigenden Altersarmut wirksam begegnet werden kann.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen Bereichen des Lebens,
- die Fortschreibung des Leipziger Rahmenkonzepts der Seniorenarbeit,
- die Förderung von Mehrgenerationenhäusern,
- den Erhalt und die mögliche Neueinrichtung von Seniorenbüros und Begegnungsstätten auf solider finanzieller Basis,
- den Erhalt von Bildungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren an den Hochschulen und der Volkshochschule,
- die Unterstützung bei der Bereitstellung von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen,
- den wohnortnahen Erhalt von Dienstleistungseinrichtungen,
- die Erweiterung der Kapazität städtischer Altenpflegeeinrichtungen, einschließlich der Kurzzeit- und Tagespflege.

## **2.5 Gleichstellung der Geschlechter**

DIE LINKE setzt sich für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aller Geschlechter, von alternativen Formen des Zusammenlebens sowie für den gleichberechtigten Umgang mit gleich- und mehrgeschlechtlichen Lebensweisen ein. Nach wie vor werden in Leipzig Frauen sozial benachteiligt. Dies spiegelt sich im überdurchschnittlich hohen Anteil an geringfügig Beschäftigten oder in sehr niedrig vergüteten Branchen wider. Nach wie vor verdienen Frauen für die gleiche Tätigkeit wesentlich weniger als Männer und dringen viel zu selten in die Chefetagen vor. Das alles mindert von vornherein spätere Rentenansprüche. Schon heute ist Altersarmut daher vor allem weiblich. DIE LINKE ist zudem für die Überwindung von Klischees hinsichtlich frauen- oder männertypischer beruflicher Tätigkeiten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung,
- die Einführung einer Frauenquote für die Besetzung von Leitungsfunktionen,

- die Vergabe von städtischen Aufträgen nur an Unternehmen, die das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu einem Stundenlohn von mindestens 10 Euro einhalten,
- mehr Beratungsangebote für sozial Benachteiligte,
- den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Kinder- und Frauenschutzhäuser,
- die Stärkung des Leipziger Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking,
- die Förderung alleinerziehender erwerbsloser Eltern bei der Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
- die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und mehrgeschlechtlichen Lebensweisen und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und Lesbenzentren,
- die finanzielle Unterstützung (Sachkosten) der Arbeitsgruppe gegen sexistische Werbung im öffentlichen Raum der Stadt Leipzig.

## **2.6 Barrierefreies Denken und Handeln**

Mehr als ein Zehntel der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt ist von Behinderungen oder chronischen Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren in Leipzig verändert, um diesen Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Dennoch bleibt viel zu tun, um Leipzig in all seinen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um das Wohnumfeld oder um den öffentlichen Personennahverkehr, sondern im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und ihrer Aufforderung zur Inklusion um mehr Chancengleichheit in Bildung und Arbeit. Noch zu oft scheitern notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen finanziellen Sparzwängen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Fortschreibung des städtischen Konzeptes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu einem Inklusionskonzept,
- die Weiterentwicklung des Behindertenbeirates zu einer wirksamen Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen und chronisch

Kranken bei gleichberechtigter Einbeziehung bestehender Verbände und Vereine,

- den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, insbesondere zu Wahllokalen,
- die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen durch die Stadtverwaltung,
- mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten,
- mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in städtischen Einrichtungen und in der privaten Wirtschaft,
- die weitere Qualifizierung der Frühförderung von Behinderung betroffener oder bedrohter Kinder,
- die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen,
- die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarbe sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln,
- keinerlei Einschränkungen bei der Straßen- und Wegebeleuchtung,
- die konsequente Ahndung von Verstößen gegen Falschparken und Verstellen von Fußwegen.

## **2.7 Stabile medizinische Versorgung**

Im Vergleich zu anderen sächsischen Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, hat Leipzig immer noch ein relativ hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung. Dennoch werden die Herausforderungen erheblich zunehmen. Das ergibt sich nicht nur wegen der älter werdenden Bevölkerung, sondern auch aus schon heute spürbarem Mangel bei Ärzten und Pflegekräften. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass allen Einwohnerinnen und Einwohnern, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig ein gutes medizinisches Versorgungsangebot zur Verfügung steht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt und den Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere eine Stabilisierung des Klinikums St. Georg,
- eine engere Kooperation zwischen den hiesigen Kliniken und Krankenhäusern,
- die Unterstützung bei der Einrichtung weiterer medizinischer Versorgungszentren (Polikliniken), vor allem in unterversorgten Ortsteilen,
- den ungehinderten Zugang zur medizinischen Versorgung für alle,
- die Einführung eines anonymisierten Krankenscheines und die Einrichtung einer Vergabestelle, um die unkomplizierte medizinische Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewährleisten,
- die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, um einen größeren Beitrag zur gesundheitlichen Vorsorge zu leisten und die vorgeschriebenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten,
- die personelle und finanzielle Stärkung im Veterinär- und Lebensmittelkontrollbereich sowie die personelle Absicherung des Tierrettungsnotdienstes,
- Ausbau und Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention und Hilfe für Betroffene, vor allem für junge Menschen, sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle Suchterkrankten.

## 2.8 Sicherheit durch Prävention

In Leipzig ist der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2012 zufolge die Zahl der Straftaten weiter angestiegen. Nur knapp die Hälfte davon wurde aufgeklärt. An dieser unbefriedigenden Quote dürfte sich angesichts des von der Landesregierung forcierten Personalabbaus bei der Polizei nichts ändern. Allein 500 Stellen sollen bei der Polizeidirektion Leipzig in den nächsten Jahren abgebaut werden. Erschwerend kommt hinzu, dass der Handel und Konsum mit und von Drogen nicht zu ignorierende Probleme darstellen. So führt insbesondere der massive Anstieg von Crystal-Konsum zu einer komplexeren Gefährdungssituation.

Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Prävention bedeutet dabei nicht die Vorverlagerung staatlicher Eingriffsbefugnisse, z. B. durch Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern einen Beitrag zum Abbau von Unsicherheit und zu mehr sozialer Teilhabe. Die Ursachen von Gewalt und Straftaten müssen konsequenter gesamtgesellschaftlich überwunden werden. Ein verkürztes Sicherheitsdenken durch Law-and-order-Politik lehnen wir prinzipiell ab. Linke Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen psychisch und physisch bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen, Einkaufen und Arbeiten gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann,
- eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung, Notrufsäulen etc.),
- eine flächendeckende und umfassende Aufklärungs- und Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern,
- eine konsequente Beachtung des berechtigten Sicherheitsbedürfnisses aller Menschen,
- die Fortführung der konstruktiven Zusammenarbeit im Kriminalpräventiven Rat,
- die konsequente Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt, Polizei und Kleingartenverband sowie deren Untersetzung mit finanziellen Mitteln,
- die konsequente Einhaltung des Jugendschutzgesetzes,
- die Umsetzung der vom Drogenbeirat erarbeiteten drogenpolitischen Leitlinien und des Suchthilfeplanes,
- eine kritische Bestandsaufnahme der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes,
- die Einrichtung von sicherheitspolitischen Runden Tischen auf Stadtbezirksebene,

- die Erhöhung der Anzahl von Abfallbehältern und Hundetoiletten im Stadtgebiet sowie die personelle und technische Stärkung der Stadtreinigung,
- die (Wieder-)errichtung von öffentlichen Toiletten,
- die personelle und technische Stärkung von Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr.

### **3 Stadtentwicklung für heute und morgen**

Leipzig als Lebensraum seiner Einwohnerinnen und Einwohner hat sich in den letzten Jahren weiter verändert und steht zugleich vor noch größeren Herausforderungen. Nachdem Stadtgestaltung über viele Jahre mit sinkenden Bevölkerungszahlen, Abriss und Schrumpfung verbunden war, haben wir uns nunmehr auf Zuzug, Geburtenzuwachs und einen wesentlich geringeren Wohnungsleerstand einzustellen. Grundsatz bleibt für DIE LINKE die Verbindung von baulicher, sozialer und ökologischer Entwicklung. Bei allen Veränderungen muss es stets um die Beantwortung der Frage gehen: Welchen Nutzen haben Einwohnerinnen und Einwohner davon, und wie werden sie aktiv in die Stadtgestaltung einbezogen?

#### **3.1 Die lebendige Stadt**

Stadtentwicklung steht immer vor der Herausforderung, die unterschiedlichsten Interessen zu berücksichtigen und möglichst produktiv zu bündeln. Dabei muss der nach wie vor ungleichen Entwicklung einzelner Stadtteile ebenso entgegengewirkt werden wie der weiteren sozialen Entmischung und leider stärker werdenden Tendenz der Verdrängung, um Gentrifizierung zu verhindern. Insgesamt wird der Spielraum der Stadt für Stadtgestaltung vor dem Hintergrund sinkender Fördermittel und fehlender Eigenmittel mit Augenmaß und Kreativität auszuloten sein.

Stadtentwicklung funktioniert überdies nur im Zusammenwirken mit der Wohnungswirtschaft, dem stadtteilbezogenen Quartiersmanagement sowie Bürgervereinen und -initiativen. Sie muss Stadtstrukturen schaffen, die auch für kommende Generationen attraktiv sind und durch Barrierefreiheit

die Teilhabe aller am Stadtleben sichern. Als Stadt der kurzen Wege müssen Funktionen wie Arbeit, Einkaufen, Kinderbetreuung, Kultur und medizinische Versorgung lokal realisiert werden. Die inzwischen in fast allen Stadtteilen entstandenen oder wieder belebten Wohngebietszentren sind zu stabilisieren und hinsichtlich der Alten- und Familienfreundlichkeit zu ergänzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarshaus, Schönefeld oder Lindenau sowie die Entwicklung wenig belebter Magistralen wie der Georg-Schuman-Straße, der Georg-Schwarz-Straße oder der Eisenbahnstraße,
- mehr Gerechtigkeit für Leipzig bei der Zuweisung von Fördermitteln,
- den Erhalt der öffentlichen Räume,
- die Reduzierung öffentlicher Werbeflächen,
- die Freihaltung klimatisch bedeutsamer Flächen von Bebauung,
- die weitere ökologisch verträgliche Gestaltung des Leipziger Neuseenlandes im Süden und der Seenlandschaft im Norden,
- die Weiterentwicklung des Lindenauer Hafens und des Stadthafens sowie die Einbindung in das Leipziger Neuseenland,
- den Erhalt und die Gestaltung der Kleingartenanlagen und Parks, der Spielplätze und öffentlichen Bolzplätze und Skate-Anlagen als Stätten der Naherholung und Freizeitgestaltung,
- Schaffung von Freiflächen für Partys und unbürokratische Anmeldeverfahren für Veranstaltungen im öffentlichen Raum,
- den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen insbesondere dem ökologischen Landbau im Stadtgebiet. Diese Flächen dienen neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der Erhaltung der Biodiversität, dem Klimaschutz und mit Wald- und Wasserflächen einer Raumbgliederung, die für die Naherholung eine wichtige Funktion hat.

### **3.2 Aufwertung ohne Verdrängung**

Der Wohnungsmarkt ist in Bewegung. Wohnen muss aber in ganz Leipzig bezahlbar bleiben. Das Angebot an preiswerten Wohnungen hat sich in den

letzten Jahren allerdings erheblich verringert. Die Leerstandsquote wird weiter sinken. Mietpreisbindungen aus den 90er Jahren laufen aus, und neue Sozialwohnungen werden kaum gebaut. Hier ist dringend ein Umdenken notwendig, um die wachsende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum befriedigen zu können. Dabei kommt der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) als städtisches Unternehmen eine Steuerungsfunktion zu. Ihr Wohnungsbestand darf keinesfalls weiter sinken, sondern sollte auf 40.000 Wohnungen ansteigen. Ebenso darf sich die LWB nicht an Wohnraum-Spekulationen beteiligen und sollte in allen Stadtteilen günstigen Wohnraum anbieten. Für DIE LINKE sind neben der LWB die gemeinnützig agierenden Wohnungsbaugenossenschaften ein wesentlicher Garant für die Verhinderung von Wohnungsknappheit in allen Stadtteilen. Alle Anbieter auf dem Wohnungsmarkt sollten dafür sorgen, dass den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Rechnung getragen und insbesondere mehr Singlewohnungen, Wohnungen für Familien mit Kindern sowie altengerechter Wohnraum angeboten wird. Es muss endgültig Schluss sein mit dem weiteren Abriss intakter Wohnsubstanz. LWB und Wohnungsbaugenossenschaften müssen neben der Vermietung auch wieder stärker neu bauen. Zugleich muss den sich weiter verstärkenden Verdrängungstendenzen Einhalt geboten werden, etwa über den Erlass von Erhaltungssatzungen. DIE LINKE unterstützt alternative Wohnformen, beispielsweise Bürgergenossenschaften und Baugemeinschaften, Vereine etc., die dem Erhalt alter Bausubstanz dienen und diese vor Spekulation schützen ebenso wie Initiativen, die Brachflächen und Bauruinen zivilgesellschaftlich zwischennutzen. Auch experimentelle Wohnformen wie Wagenplätze gehören aus Sicht der LINKEN zu Leipzig.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau der Wohnungsbestände in den Großsiedlungen und die Verbesserung ihres Wohnumfeldes, insbesondere in Grünau und Paunsdorf,
- einen behutsamen Umgang mit vom Verfall bedrohten Gebäuden, in denen bislang preisgünstiges Wohnen möglich war,
- den Vorrang gemeinnütziger Interessentinnen und Interessenten beim Verkauf städtischer Liegenschaften,
- den Neubau und die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen im Einvernehmen mit dem Wohnumfeld,

- die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts der Stadt,
- die Ausweisung von Wohnbaureserveflächen,
- Mietpreisbindungen für einen Teil neu gebauter Wohnungen (Sozialwohnungen) in allen Stadtteilen und Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Begrenzung der Miethöhen, insbesondere bei Neuvermietungen,
- den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus,
- konsequente Bemühungen um die Reduzierung der Betriebskosten,
- die Fortschreibung der Betriebs- und Mietkostenspiegel sowie die Weiterentwicklung ihrer Kriterien, insbesondere des Ausweises der ortsüblichen Vergleichsmiete (Nettokaltmiete) für die Stadtteillagen,
- die Wiedereinführung eines Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum und die Aufhebung des Grundsteuererlasses für Leerstand.

### **3.3 Leben in einer grünen Stadt**

Leipzig ist grün. Mit unserer Stadt verbinden sich der Grüne Bogen Paunsdorf, alte und neu entstandene Park- und Grünanlagen, Kleingartenanlagen, Kleingartenparks und ganz besonders der Auwald als einer der eindrucksvollsten Auwälder Deutschlands. DIE LINKE wendet sich nach wie vor konsequent gegen seine Bebauung oder Durchschneidung. Mit Einführung der Umweltzone konnte bisher die Belastung durch hochtoxischen Dieselruß um ein Drittel verringert werden. Insgesamt sind jedoch die Umsetzung der Umweltqualitätsziele und des Luftreinhalteplanes noch nicht ausreichend, weil bisher zu wenige finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass sich das ändert. Drei Viertel aller menschlichen Aktivitäten, die den Klimawandel befördern, finden in Städten statt. Wir treten für eine grundlegende Energiewende ein. Diese muss durch geeignete Maßnahmen sozial ausgewogen sein und darf insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überdurchschnittlich belasten. DIE LINKE setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass der Grundsatz „global denken, lokal handeln“ in Leipzig auch zukünftig gilt.

LINKE Umweltpolitik versteht sich als Daseinsvorsorge und hat daher stets auch die Sicherung gesunder Lebensgrundlagen zum Ziel. Deshalb

betrachten wir beispielsweise die ökologisch nachhaltige Entwicklung des Leipziger Neuseenlands und der Hafensprojekte als naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Aufwertung stadtklimatischer Bedingungen. Mit Rücksicht auf Flora und Fauna stimmen wir der privaten Motorbootnutzung nur mit alternativen Antrieben („Leipzig-Boot“) zu.

Für DIE LINKE bedürfen auch Wild- und Haustiere unseres Schutzes. Haustiere sind eine Bereicherung des Lebens, für viele Bürgerinnen und Bürger auch soziale Partner. Sie müssen jedoch artgerecht gehalten und angemessen versorgt werden. Da die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren Pflichtaufgabe der Kommune ist, die dem Tierschutzverein übertragen wurde, muss es dafür eine ausreichende finanzielle Mittelausstattung geben.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- die weitere Vernetzung der Grünflächen und Erholungsgebiete, insbesondere für die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt und Erweiterung des Auwaldes, des Wildparks, der denkmalgeschützten Parkanlagen,
- keine neuen baulichen Eingriffe in den Leipziger Auwald. Dieses einzigartige Biotop sollte der Natur überlassen und entsprechend Raum geschaffen werden,
- die Entsiegelung von Flächen sowie die Vermeidung von Versiegelung neuer Bodenflächen,
- die Unterstützung der Kleingartenvereine bei der weiteren Entwicklung ihrer Anlagen zu Zentren der Naherholung und aktiven Freizeitgestaltung,
- Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten,
- die Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße und die Verbindung des Zwenkauer Sees an den Cospudener See,
- eine Perspektive des Elsterstausees für Freizeit- und Erholungszwecke,
- den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz,

- die weitere Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere im innerstädtischen Bereich, durch Öffnung des Elstermühlgrabens und den Gewässern 2. Ordnung,
- die Gewährleistung einer natürlichen Überflutung des Leipziger Auwaldes, ohne flächendeckend Bäume zu fällen,
- konsequente Umsetzung des Luftreinhalteplanes,
- den Ausbau von Anlagen zur Energiegewinnung auf öffentlichen Dächern und Brachen,
- ein Verbot von „Heizpilzen“,
- die Aufforstung auf innerstädtischen Brachflächen,
- eine Förderung zeitweiliger Begrünung von innerstädtischen Brachen,
- die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und deren Einsatz in kommunalen Einrichtungen und Wohngebäuden,
- die Erarbeitung eines kommunalen Klimaschutzprogramms und Fortsetzung des European Energy-Award-Prozesses,
- die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum,
- die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote,
- Bewerbung der Stadt Leipzig als Faire-Trade-Town (Stadt des fairen Handelns),
- die qualitative und quantitative Aufwertung von Freiflächen für Hunde und die deutliche Erhöhung der Zahl von Abfallbehältern in Parks und auf öffentlichen Flächen,
- ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer allgemeinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

### **3.4 Vorfahrt für öffentlichen Nahverkehr**

Eine Stadt wie Leipzig kann im 21. Jahrhundert nicht mehr vorrangig vom Auto her geplant und ausgebaut werden. Wir alle nehmen am Verkehr teil, ob zu Fuß, per Fahrrad, Bus und Bahn oder Auto und sollten viel mehr aufeinander Rücksicht nehmen. Dringend nötig ist nicht nur die Fortschreibung des „Stadtentwicklungsplanes Verkehr und öffentlicher Raum“, sondern die Erarbeitung eines umwelt- und verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes. Wir brauchen tragfähigere Lösungen, um Belastungen durch den individuellen motorisierten Verkehr wie Lärm und Feinstaub zu

minimieren. Notwendig ist eine Prioritätensetzung - weg von der Autostadt hin zu einer Stadt mit möglichst vielen Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern bzw. ÖPNV-Nutzerinnen und -nutzern.

Aktive Lärmvermeidung hat für uns Vorrang vor passivem Lärmschutz. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund stehen muss. Dies erreichen wir jedoch nur mit Erhöhung des Fußgängerverkehrs, dem Ausbau des Radwegenetzes und vor allem einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit attraktiveren Taktzeiten, vollständiger Barrierefreiheit und höherem Komfort. Vor allem aber darf es zu keinen weiteren einseitigen Fahrpreiserhöhungen kommen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Erarbeitung eines umwelt- und verkehrspolitischen Konzeptes für unsere Stadt,
- die Leipziger Verkehrsbetriebe als leistungsfähiges Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand,
- die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV durch einen Bürgerentscheid möglichst bis 2019 auf der Grundlage eines seriösen Finanzierungskonzeptes,
- ein konsequentes Nein zu einer dritten Startbahn am Flughafen Leipzig-Halle,
- die Erhaltung der LeipzigPassMobilCard, so lange es noch keinen fahrscheinlosen ÖPNV gibt,
- eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile und touristischen Ziele, z. B. durch Verlängerung der Linien 11 und 9,
- die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbau-Investitionen für die Förderung des Radverkehrs, damit 2020 der Anteil des Fahrrades am Gesamtverkehrsaufkommen 20 Prozent beträgt,
- die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau,
- die Beseitigung von Stolperquellen auf Gehwegen,
- die Ausweitung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h für Straßen in und an Wohngebieten,
- die Eindämmung des Falschparkens auf Fuß- und Radwegen durch verstärkte Kontrollen,

- autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs,
- innovative Konzepte zur Lösung der Parkplatznot in den Stadtteilen,
- eine autoarme Innenstadt und Verzicht auf die Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten innerhalb des Innenstadtrings,
- den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems und seine grundsätzliche Nutzung, vor allem für Großveranstaltungen im Stadion und in der Arena,
- den flächendeckenden Ausbau der Radfahrspuren auf allen Hauptverkehrsstraßen, ausreichend Fahrradabstellmöglichkeiten und die Förderung von Fahrradverleihstationen in Verbindung mit dem ÖPNV,
- die Umsetzung des Lärmaktionsplanes,
- Durchsetzung des LKW-Durchfahrtsverbotes sofern es keine Ziele innerhalb der Stadt gibt und Prüfung neuer logistischer Möglichkeiten für die Belieferung der Handelseinrichtungen in der City.

## **4 Die bürgerschaftliche Stadt**

Leipzig ist seit jeher eine Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des öffentlichen und kulturellen Lebens aktiv beteiligen, anstatt sich von oben regieren zu lassen. In den zurückliegenden Jahren haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen und -vereine gebildet, um gemeinsam Einfluss auf entscheidende Bereiche des Lebens vor Ort wie Wohnen und bezahlbare Mieten, bessere Verkehrslösungen, mehr Stadtgrün oder die Belange Benachteiligter zu nehmen. In fast allen Stadtteilen setzen sich Bürgervereine aktiv für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im unmittelbaren Wohnumfeld ein und leisten so unverzichtbare Gemeinwohlarbeit im Sozialbereich, in der Kultur, im Sport oder im Umweltbereich.

### **4.1 Einladung zur Mitwirkung**

Bürgerschaftliches Engagement ist der Motor der Stadtgesellschaft. Damit dieser nicht ins Stottern gerät und künftig insbesondere jüngere Menschen bewegt, muss es noch bessere Rahmenbedingungen und noch mehr

gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtlich tätige Leipzigerinnen und Leipziger geben.

Kommunale Entscheidungen sind für Bürgerinnen und Bürger oftmals unmittelbar bedeutsam. Auch jüngere Menschen wollen zu Recht ernst genommen werden und sich einmischen. Das ist ein Grund, weshalb DIE LINKE. Sachsen die Herabsetzung des Wahlalters in den Kommunen auf 16 Jahre sowie die deutliche Herabsetzung des Quorums für Bürgerentscheide in der Landesverfassung verankern möchte. Für ein demokratisches und bürgernahes Miteinander aller ist es von großer Bedeutung, dass Bürgerbeteiligung an öffentlichen Vorhaben nicht die Sache weniger Engagierter bleibt. Das setzt vor allem mehr Transparenz der Verwaltung voraus.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Durchführung von Bürgerentscheiden zu strategisch wichtigen Fragen wie Privatisierung von Teilen der Daseinsvorsorge oder der Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV,
- den Ausbau der Bürgerämter mit bürgerfreundlichen Öffnungszeiten in den Ortsteilen,
- die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen,
- die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat,
- eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte für Stadtteilverhaben,
- die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürgerhaushaltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners,
- die Möglichkeit für Online-Petitionen,
- die Möglichkeit, online Unterschriften für Bürgerbegehren zu sammeln,
- die Umsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE zur Live-Stream-Übertragung der Stadtratssitzungen,
- die Verhinderung der Weitergabe der Meldedaten der Bürgerinnen und Bürger ohne deren schriftliche Einwilligung an private Dritte,

- die konsequente Umsetzung des Leipziger Corporate Governance Kodex (u. a. Offenlegung der strategischen Ziele und Verträge im Zusammenhang mit städtischen Beteiligungen und Eigenbetrieben sowie der Gehälter von Geschäftsführern und leitenden Angestellten),
- den Ausbau des E-Governments, Online-Terminvergabe für alle Verwaltungsbereiche,
- die Umsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE für kostenlosen Internetzugang im öffentlichen Raum.

## 4.2 Willkommenskultur leben

Leipzig hat seit Jahrhunderten einen Ruf als tolerante und weltoffene Stadt, der allerdings stets aufs Neue erworben werden muss. Fast ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger haben einen Migrationshintergrund, das ist deutlich mehr als in Dresden und Chemnitz, aber weitaus weniger als in vergleichbaren westdeutschen Großstädten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur. Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. Rassistische und menschenverachtende Positionen dürfen keinen Raum in unserer Stadt gewinnen. DIE LINKE widersetzt sich jeder Form von geistiger Brandstiftung. Wir setzen stattdessen sowohl auf präventive Konzepte, die sich an Toleranz, interkulturellem Austausch und Demokratiefähigkeit orientieren, als auch auf offensiven Protest und direkte argumentative Auseinandersetzung mit Formen von Nationalismus, Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Homophobie, Islamophobie und Diskriminierung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten,
- einen höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen Positionen der Stadtverwaltung,
- die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung,

- die aktive Unterstützung der Arbeit des Migrantenbeirates sowie die Möglichkeit der direkten Wahl seiner Mitglieder,
- die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Wohnungen in allen Stadtteilen, um familiäre Wohnsituationen zu ermöglichen,
- die Schließung von Massenunterkünften für Asylsuchende,
- den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitswesen, in Behörden, Ämtern und Bildungseinrichtungen,
- verbindliche Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und Pädagoginnen und Pädagogen zum Erwerb interkultureller Kompetenz und zur Qualifizierung im Umgang mit diskriminierenden und ausgrenzenden Denkmustern,
- die konsequente öffentliche Positionierung der Stadt gegen jegliche Diskriminierung von Menschen und die Solidarisierung mit Opfern politisch motivierter Gewalt,
- die Ausschöpfung sämtlicher rechtlicher Mittel zur Verhinderung von Neonazidemonstrationen sowie den Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Protest,
- den Ausbau und die öffentliche Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt,
- Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht,
- die Weiterführung der Bemühungen zur Etablierung einer eigenen Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart,
- einen konsequenten Abschiebestopp.

### **4.3 Die Kulturmetropole**

Das kulturelle Angebotsspektrum Leipzigs befindet sich auf hohem Niveau. In diesem Bereich ist die überregionale und internationale Strahlkraft unserer Stadt aktuell gewiss am größten. Um diese Vielfalt aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, kommt der Förderung der Freien Szene besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig gilt es, die Zukunft der großen Eigenbetriebe (Gewandhaus, Musikschule, Oper, Schauspiel und Theater der Jungen Welt) sowie der Städtischen Museen zu sichern. Kulturelle Bildungseinrichtungen wie die Städtischen Bibliotheken und die Volkshochschule übernehmen angesichts der sich verfestigenden sozialen

Kluft der Stadtgesellschaft wachsende Integrationsaufgaben. Das gilt gleichfalls für die soziokulturellen Angebote, die gesellschaftliche Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger aller Generationen ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die dauerhafte Sicherung, konzeptionelle und bauliche Neuausrichtung des Naturkundemuseums,
- den Erhalt und die bauliche Ertüchtigung der Musikalischen Komödie,
- die Errichtung eines Theaterhauses für die Freie Szene im Bereich darstellende Kunst (in Kooperation von Lofft, Leipziger Tanztheater, Schaubühne Lindenfels und Lindenfels Westflügel),
- die Durchführung eines Bürgerentscheides zum Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal,
- transparente Förderkriterien für die Freie Szene und eine novellierte Fachförderrichtlinie,
- die Förderung der Freien Szene mit mindestens 5 % des Kulturretats sowie einer zukünftig an den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes orientierten Dynamisierung,
- eine anteilige Übernahme der Tarifsteigerungen aller städtischen Kultureinrichtungen durch den städtischen Haushalt,
- die Kooperation möglichst vieler Kulturinstitutionen mit der Leipziger Kulturloge,
- die finanzielle Sicherung der Festivals der Stadt mit überregionaler Ausstrahlung (Bachfest, Dokfilmwoche, euro-scene, Lachmesse),
- die Sicherung aller bestehenden Stadtteilbibliotheken und konstruktive Fortführung der Bibliotheksentwicklungskonzeption,
- die angemessene Ehrung des in Leipzig geborenen Komponisten Hanns Eisler,
- die perspektivische Anhebung von Honoraren der Lehrkräfte der Volkshochschule und Musikschule „Johann Sebastian Bach“ sowie Schaffung von Möglichkeiten zur Festanstellung,
- den Schutz von öffentlichen Freiräumen zur Ansiedlung kreativer Projekte,
- die stärkere Berücksichtigung lokaler Kreativer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge,

- eine Senkung der Eintrittspreise im Leipziger Zoo für Inhaber des Leipzig-Passes,
- die Realisation des Leipziger Notenrades in der Vernetzung von Musikgeschichte, Grünbereichen, sanfter Mobilität und Stadtteilkultur,
- eine vertiefte Kooperation im Kulturbereich mit der Stadt Halle sowie mit den Leipziger Partnerstädten,
- den Erhalt von öffentlichen Freiräumen für die Ansiedlung von kreativen und innovativen Projekten in allen Stadtteilen,
- ein ausreichendes Angebot von legalen Graffitiflächen und die Einrichtung einer pädagogischen Fachkraft für Graffitiprojekte.

#### **4.4 Leipzig – Stadt des Sports**

Leipzig war und ist eine über Jahrzehnte national und international anerkannte Sportstadt. Derzeit sind ca. 85.000 Leipzigerinnen und Leipziger in einem Sportverein organisiert. Durch den rasanten Mitgliederzuwachs wird es auch in den nächsten Jahren eine steigende Nachfrage nach Hallen- bzw. Sportplatzzeiten geben. DIE LINKE geht davon aus, dass jährlich mindestens zwei Sportanlagen (Sporthalle oder Sportplatzanlage) neu gebaut bzw. saniert werden müssen. In den Vereinen sind Tausende Leipzigerinnen und Leipziger im Ehrenamt tätig, dessen Rahmenbedingungen durch die Kommune verbessert werden muss.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konstruktive Fortschreibung des Sportentwicklungskonzeptes und der Sportstättenentwicklungskonzeption,
- die kontinuierliche Sanierung der Schulsportanlagen (Sanitäranlagen, Hallen, Plätze),
- die Sanierung maroder Sportstätten und zielgenauen Neubau,
- den gesicherten Einsatz von Hallenwarten,
- Anhebung des Pachtzuschusses für Sportvereine zum Erhalt und zur Pflege der Sportanlagen,
- die kontinuierliche Anhebung der Mittel für Sportförderung, insbesondere des Kinder- und Jugendbreitensports sowie des Nachwuchsleistungssports,
- ein Leichtathletikstadion mit Tribüne im Sportforum,

- städtische Bewerbungen für publikumswirksame internationale Meisterschaften,
- die Sicherung von Rahmenbedingungen für die dauerhafte Etablierung von attraktiven Teamsportarten im hochklassigen Spielbetrieb,
- die Fortführung von Maßnahmen gegen Rassismus, Homophobie, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und Gewalt in den Sportvereinen, insbesondere im Fußballfanmilieu,
- die Sicherung des Sportmuseums an einem festen Standort.

#### **4.5 Geschichte als Identität unserer Stadt**

Für Leipzig ist das geschichtliche Selbstverständnis identitätsbildend. In der öffentlichen Erinnerungskultur kommt in den nächsten Jahren dem 25. Jahrestag des Systemwandels von 1989, dem 1000jährigen Jubiläum der Ersterwähnung Leipzigs und 850 Jahre Nikolaikirche sowie dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus herausragende Bedeutung zu.

Die Vergangenheit der Partei DIE LINKE beginnt nicht erst im Herbst 1989. DIE LINKE spiegelt eine wesentliche politische Grundströmung in der Bevölkerung Leipzigs wider. Leipzig war die Wiege der organisierten deutschen Arbeiterbewegung mit wesentlicher internationaler Strahlkraft. DIE LINKE hat sich als demokratisch legitimierte Kraft für die Belange der Leipzigerinnen und Leipziger eingesetzt und dadurch bei einem großen Teil der Wählerinnen und Wähler Zustimmung, Vertrauen und Unterstützung erworben.

Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen oder Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. DIE LINKE setzt sich für eine pluralistische, multiperspektivische Betrachtungsweise der Vergangenheit und für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Dabei ist sie den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Turn- und Sportbewegung, den Emanzipationsbewegungen sowie dem Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet.

Geschichte als Vorstellung von der Vergangenheit ist nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte, um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die vielfältige historische Erforschung von Einzelthemen, das Bemühen um Errichtung und Erhalt von Gedenk- und Erinnerungsorten. Hier leisten Bürgervereine, zahlreiche Initiativen und viele interessierte Leipzigerinnen und Leipziger einen entscheidenden Beitrag bürgerschaftlichen Engagements, der Würdigung und Unterstützung verdient.

Über das verordnete Einheits- und Freiheitsdenkmal muss aus Sicht der LINKEN die Leipziger Bürgerschaft entscheiden. DIE LINKE verteidigt die einzigartige demokratische Denkmalstradition Leipzigs, indem sie die undemokratische Verfahrenspraxis nicht akzeptiert. Sie erneuert ihre Forderung nach einem Bürgerentscheid mit dem Appell an alle demokratischen Parteien und Kräfte, sich dem Denkmalsbegehren „WIR SIND DAS VOLK“ anzuschließen.

Vor fast 1000 Jahren wurde Leipzig das erste Mal urkundlich erwähnt. Dieses Jubiläum zeugt von einer langen und wechselvollen Geschichte. DIE LINKE ist dabei all jenen verlässlicher Partner, die Geschichte als einen lebendigen Prozess der Aneignung der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft begreifen. Das gilt besonders für die unvollendete Revolution von 1989, die nun knapp 25 Jahre zurückliegt. Als grundlegende Erfahrung bleibt: DIE LINKE hält wie bisher den aufrechten Gang auch in Gegenwart und Zukunft für unverzichtbar. Sie baut auf die demokratische Umsetzbarkeit gesellschaftlicher Alternativen jenseits der kapitalistischen Profitwirtschaft.

## **Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,**

dieses Wahlprogramm versteht sich auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare und ausgewogene Perspektiven für Leipzig in den nächsten fünf Jahren. Wir würden uns allerdings sehr freuen, mit Ihnen nicht nur über das Wahlprogramm, sondern auch das vorliegende Zukunftspapier für Leipzig „In dieser Stadt wollen wir leben“ im Wahlkampf ins Gespräch zu kommen. Gern würden wir den Dialog über unsere programmatischen Vorstellungen mit Ihnen auch nach dem Wahlsonntag fortsetzen.

Voraussetzung für die Umsetzung dieses Wahlprogramms ist eine starke LINKE im Stadtrat. Wir bitten Sie daher am 25. Mai 2014 um Ihre Stimme als ein Votum für ein soziales, demokratisches und nachhaltiges Leipzig.

## **In dieser Stadt wollen wir leben LINKE Blicke auf die Zukunft Leipzigs**

Wer aktiv Einfluss auf die Entwicklung unserer Stadt nehmen will, darf nicht nur in Jahreszyklen oder Wahlperioden denken, sondern sollte weiter gesteckte Ziele haben, selbst wenn sie aus heutiger Sicht sehr ehrgeizig erscheinen. Politische Diskussionen werden oft einseitig von Zahlen, Fakten und vermeintlichem Expertenwissen bestimmt. DIE LINKE bekennt sich zu Werten, Überzeugungen und Visionen. Wer diese offen legt, ist in der Lage der „Alternativlosigkeit von Sachzwängen“ etwas entgegenzusetzen und macht sich kenntlich. DIE LINKE versteht sich in diesem Sinne als eine ehrliche und offensive Partei.

Deshalb unterbreitet DIE LINKE neben ihrem Kommunalwahlprogramm 2014 zugleich das nachstehende Diskussionsangebot. Es enthält in Umrissen unsere Vorstellungen, wie das Leben in unserer Stadt in zwanzig bis dreißig Jahren aussehen sollte. Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass zur Erreichung dieser Fernziele viele Schritte nötig sind, aber auch der schwierigste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen.

Was sind unsere wichtigsten Vorstellungen für die Zukunft unserer Stadt?

### **Wirtschaft**

- Leipzigs Wirtschaft ist solide gewachsen und basiert auf einer intakten und verlässlichen Infrastruktur. Wachstum bedeutet nicht mehr, ausschließlich monetäre Gewinne, sondern Mehrwerte für die gesamte Gesellschaft auf der Grundlage von Kooperation, Teilhabe und Solidarität zu erwirtschaften. Vor diesem Hintergrund gründen sich zunehmend lokale Unternehmen, die u. a. nachhaltig forschen und entwickeln, vor allem aber im regionalen Wirtschaftskreislauf agieren. Die Logistikbranche setzt in erster Linie auf die Schiene; der Verkehr auf der Straße und in der Luft nimmt spürbar ab.

- Wasser, Strom und Gas gibt es zu sozialverträglichen Preisen von kommunalen Unternehmen. Die Energieerzeugung für unsere Stadt kann vollständig durch die Stadtwerke und andere dezentraler Projekte innerhalb der Region gesichert werden. Die Stadtwerke Leipzig bieten ihren Kunden ausschließlich Strom aus regenerativen Quellen und fairen Preisen an. Sie stellen damit den Motor der lokalen Energiewende dar. Der Bezug von Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken ist Geschichte. Da die Privatisierung von Unternehmen der Daseinsvorsorge inzwischen tabu ist, wird mit ihren Bereichen ebenso wenig spekuliert wie mit Nahrungsmitteln.

## **Arbeit**

Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist dank eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens hin zur Akzeptanz und Wertschätzung vielfältiger Arbeitsformen ebenso überwunden wie der demütigende Umgang mit Arbeitssuchenden. Stattdessen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich im gemeinwohlorientierten Bereich zu engagieren. Ein stabiler öffentlicher Beschäftigungssektor ermöglicht all jenen, die aus unterschiedlichen Gründen dem ersten Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, am Arbeitsleben teilzuhaben. Die Beschäftigten dieses Sektors üben ihre Tätigkeit im Interesse aller aus und erhalten dafür Existenz sichernde Löhne auf tarifvertraglicher Basis.

## **Öffentliche Finanzen**

- Bund, Land und Kommunen einigen sich nach Jahrzehnten auf eine umfassende Finanzreform. Damit steht Leipzig auf einem soliden finanziellen Fundament. Unsere Heimatstadt kann aus eigenen Steuereinnahmen und einem gerechten Sozillastenausgleich vollständig die Ausgaben u. a. in Schulen, Kitas, Verkehrswege, Kultur bezahlen und hat ihre Schulden erheblich reduziert. Die kommunale Selbstverwaltung ist damit erstmals vollständig hergestellt.
- Leipzig hat den Investitionsstau von 1,2 Mrd. Euro vollständig abgearbeitet und investiert kontinuierlich in ausreichendem Maße in soziale und kulturelle Infrastruktur sowie in die Sanierung von Straßen, Wegen und Brücken.

## **Bildung**

- Alle Jugendlichen verlassen die Schule mit einer Qualifikation, die sie befähigt, einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl anzunehmen. Allen Menschen wird ermöglicht, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln und zu erweitern sowie ihre Potenziale zu nutzen.
- Alle haben gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und Sport.
- Jedes Kind hat unabhängig von Einkommen und Status der Eltern den gleichen Zugang zu guter Bildung. Das antiquierte sächsische Schulsystem ist überwunden. Es gibt Campus-Anlagen, auf denen jeweils Kindertagesstätten, Familien- und Seniorenzentren mit Schuleinrichtungen zusammenwirken. Angeschlossen sind die soziokulturellen Zentren und freien Träger, die in die Entwicklung einer rhythmisierten Ganztagschule einbezogen werden.

## **Soziale Gemeinschaft**

- Der fahrscheinlose ÖPNV sichert Mobilität für alle. Abschaltung von Heizung und Strom in Privathaushalten sind ebenso Geschichte wie Sozialbegräbnisse.
- Die steigende Lebenserwartung ist ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn und keine Bürde. In Leipzig haben ältere Menschen mit ihren reichen Lebenserfahrungen, aber auch junge Menschen etwas zu sagen. Die städtische Infrastruktur hat sich auf das gedeihliche Miteinander aller Generationen eingerichtet.
- Das Stadtoberhaupt Leipzigs war bereits mehrmals eine Frau; die Besetzung herausgehobener Stellen mit mindestens 50 % Frauen ist die Regel. Bereits in frühem Alter erfahren Kinder die Gleichberechtigung von Menschen aller Geschlechter sowie von unterschiedlichen Lebensformen.
- In Leipzig wird Inklusion gelebt. Die Schülerinnen und Schüler werden in inklusiven Gemeinschaftsschulen unterrichtet und adäquat gefördert. Bauliche, geistige und kulturelle Barrieren sind überwunden.

- Nach Leipzig wollen viele, auch wegen der großartigen Universität und den renommierten Hoch- und Berufsschulen, den preiswerten Mieten und dem einzigartigen kulturellen Flair.
- Eine gute gesundheitliche Betreuung aller ist - unabhängig von Alter, Einkommen und Status - durch ein stabiles Netz von Krankenhäusern sowie ambulant tätigen Haus- und Fachärzten gesichert. Die große Mehrheit älterer und pflegebedürftiger Menschen wird in ihrem vertrauten Wohnumfeld und nur im Ausnahmefall in stationären Pflegeeinrichtungen betreut. Insbesondere in Schulen ist Prävention von Sucht- und Rauschmitteln in allen Altersstufen in die Bildungsarbeit integriert. Wer einen Entzug wünscht, kann umgehend in wirksame und niedrigschwellige Programme der Suchthilfe integriert werden.

## Stadtteile

- Das soziale und wirtschaftliche Auseinanderdriften der Stadtteile konnte verhindert werden. Das Ziel: „Leipzig ist *eine* Stadt mit ausschließlich liebens- und lebenswerten Stadtgebieten“ wurde erreicht.
- Sozialer und ökologischer Städtebau ermöglicht nachbarschaftliches Miteinander in allen Stadtteilen, Prävention in Kooperation von städtischen Einrichtungen und Polizei bezieht alle Altersgruppen ein.
- Jeder Stadtteil hat seine Vorzüge und seine eigene Identität. Keiner ist jedoch durch Armut oder die Bevölkerungszusammensetzung stigmatisiert. Investitionen in die Infrastruktur richten sich in erster Linie nach dem Bedarf vor Ort.
- In jedem Stadtteil gibt es ausreichend preiswerten Wohnraum. Zwangsumzüge sind Vergangenheit. Alternative Wohnformen wie Genossenschaften, Bürgergemeinschaften, Kollektivhäuser oder Mehrgenerationenhäuser sind Alltag.

## Freizeit

- Leipzig ist mehr denn je eine grüne Stadt, in der ökologische Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit sozialen Belangen Normalität sind. Leipzig ist nach wie vor die Hauptstadt der Kleingärten, die neben

Parks, alternativen Gartenformen und Grünzonen beliebte Naherholungssoasen sind. Der Lindenauer Hafen und die reiche Seenlandschaft im Umland künden von Leipzig als beliebter Wasserstadt, die alle gleichberechtigt nutzen können.

- Alle fahren fahrscheinlos mit Bus und Bahn. Fahrradfahren ist ein Vergnügen, weil es ein intaktes und flächendeckendes Wegenetz sowie ausreichend sichere Abstellflächen gibt. Weniger und emissionsarme Autos sind auf den intakten Straßen unterwegs. Niemand wird durch Fluglärm beeinträchtigt.

## **Demokratie**

- Ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement wird ermöglicht und gefördert. Insbesondere im Miteinander der Generationen entstehen innovative und tragfähige Ideen für wohnortbezogene, soziale und kulturelle Projekte. Die vielfältigen Leistungen von Vereinen sind als öffentliche Aufgabenträger anerkannt und finanziell gesichert. Politikverdrossenheit ist kaum noch spürbar, und Wählen ist ein allgemeines Bedürfnis.
- Zu allen strategisch wichtigen Entscheidungen gibt es in Leipzig Bürgerentscheide. Die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte haben spürbaren Einfluss, so dass Entscheidungen die Belange der Bürgerinnen und Bürger verbindlich berücksichtigen können.
- Das Kinder- und Jugendparlament entscheidet bei Themen, die Heranwachsende betreffen, verbindlich mit.

## **Miteinander**

- Leipzig ist frei von nazistischen und chauvinistischen Verhaltensweisen. Diffamierung, Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und jegliche Formen von Diskriminierungen sind geächtet und stoßen auf entschiedenen Widerstand der Zivilgesellschaft.
- Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland fliehen, um hier Schutz vor Verfolgung zu finden, werden warmherzig aufgenommen. Sie können selbstbestimmt wohnen und arbeiten und leben ohne Angst vor Ausweisung oder Diskriminierung.

## Kultur

- Die Muko lebt. Das neue Naturkundemuseum verzeichnet Besucherrekorde. Oper, Gewandhaus, Schauspiel und Theater der Jungen Welt werden vom Publikum erobert.
- Die Freie Szene ist nicht mehr unterfinanziert und kooperiert in ihrer ganzen Vielfalt lokal, regional und international.
- In Leipzig gibt es ausreichend Raum zur kreativen Gestaltung, etwa Probenräume, Ateliers und Freiflächen.
- Jedes Kind hat die Möglichkeit, im Verein Sport zu treiben. Auch durch die Ausrichtung einer Vielzahl von Welt- und Europameisterschaften ist Leipzig wieder die national und international anerkannte Sportstadt. Dies auch deshalb, weil es über intakte und moderne Sportanlagen verfügt und sein Sportmuseum viele aus nah und fern anzieht.
- In jedem Stadtbezirk gibt es Bildungscampi, wo Stadtbibliothek, Volkshochschule und Musikschule barrierefrei für alle offen stehen. Jedes Kind kann hier ein Instrument lernen und selbstbestimmt seinen Weg zu Bildung und Kultur finden.

Sie halten unsere Vision vom „Leipzig der Zukunft“ in den Händen. Was sind Ihre Visionen? Wir laden Sie ein. Lassen Sie uns ins Gespräch kommen. Es ist Ihre Stadt!



### **Impressum:**

Herausgeber: DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
fon: 0341 14064411, fax: 0341 140644118,  
Web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de), Email: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

Das Wahlprogramm und das Visionspapier „In dieser Stadt wollen wir leben“ wurden auf dem Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig am 1. Februar 2014 beschlossen.